

die *Arbeit*

Das Magazin des Gewerkschaftlichen Linksblocks

Höchste Zeit zum Gegen-Steuern



- 4** Wer die Zeche zahlt
- 6** Negativsteuer
- 7** Erbschaftssteuer
- 8** Stiftungen
- 14** Mindestlohn: Acht Euro
- 18** Die billige Sicherheit
- 20** Seid umschlungen Millionen

Verteilungsgerechtigkeit als wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe

Schon von der vormaligen rotschwarzen Koalition (1986-2000) wurde die Kapitalverkehrssteuer und Vermögenssteuer abgeschafft und steuerschonende Privatstiftungen eingeführt. In der Ära Grasser (2001-2006) wurde die Körperschaftssteuer gesenkt und die Gruppenbesteuerung eingeführt. Die Regierung Gusenbauer (ab 2007) setzt mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer und der Werbeabgabe die steuerliche Entlastung von Kapital und Vermögen fort. Im Gegenzug müssen die Lohnabhängigen mit der Lohnsteuer und Mehrwertsteuer immer stärker zum Steueraufkommen beitragen.

Zitate, die alles sagen:

„**Ich kann dem Primitivargument, die Reichen sollen mehr zahlen, nichts abgewinnen**“, *Ferdinand Lacina, ehemaliger SPÖ-Finanzminister (ÖÖN, 22. Jänner 1994)*

„**Steuern runter macht Österreich munter - und sicher auch Deutschland ... Tatsache ist, dass es von Mitte 2008 an in Österreich keine Erbschaftssteuer mehr gibt. Ich bitte Sie, das möglichst breit zu publizieren!** (*lacht*)“ (*Bildzeitung, 11.5.2007*)

„**Man muss das internationale mobile Kapital hätscheln, wenn man Arbeitsplätze schaffen will**“, *Hans-Werner Sinn, Präsident des deutschen Ifo-Instituts (Sozialismus, 5/2005)*

„**Wenn man sich den Sachverhalt anschaut, dann erhöht sich beim Beschenkten durch die Schenkung die Leistungsfähigkeit. Und warum sollte man dies nicht besteuern im Gegensatz zum Geld, das aus harter Arbeit stammt und dennoch besteuert wird.**“, *Markus Achatz, Steuerrechtsprofessor in Linz (ÖÖN, 26.6.2007)*

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock - GLB im ÖGB.

Redaktion: Leo Furtlehner, Gerhart Haupt, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Anna-Erika Paseka, Hubert Schmiedbauer, Ernst Wieser

Mitarbeiterinnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Leo Furtlehner, Franz Gall, Manfred Groß, Franz Grün, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Anna-Erika Paseka, Siegfried Pötscher, Josef Schmee, Hubert Schmiedbauer, Alexandra Weiss

Fotos: GLB-Archiv

Lektorat: Wolfgang Rohrstorfer

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün, Ernst Wieser

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8.

Mail: office@glb.at, Web: www.glb.at

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 2 Euro. Jahresabo 8 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag von 20 Euro ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Juni 2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22. Oktober 2007 mit dem Schwerpunkt Bildung und Ausbildung.

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
0664/6145012, office@glb.at
www.glb.at

GLB im ÖGB

Laurenzerberg 2, 1010 Wien, 01/
53 444-308,309
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB in der vida

Margaretenstraße 166/M3, 1050
Wien, 01/54641-296, www.glb.at
ernst.wieser@vida.at

GLB in der GdG

Elterleinplatz 6/2.Stock, 1170
Wien, 01/4076936, glb-
gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB in der GFP

Adresse siehe GLB im ÖGB,
0664 / 465 33 83

GLB in der GMTN

siehe GLB im ÖGB,

GLB in der GPA-DJP

siehe GLB im ÖGB
www.glb-gpa.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100
St.Pölten, 02742 / 710 74-0,
lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz
0732 / 652156, office@glb.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98 a, 8021 Graz
0316 / 71-24-36, glb.stmk@kpoe-
graz.at

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
0662 / 87-22-44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
0699 / 81732423, glb@glbtiroel.info
www.glbtiroel.info

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Vil-
lach, 04242 / 31091, [glb@kpoe-
villach.at](mailto:glb@kpoe-villach.at)
www.glb.kpoe-villach.at

Inhalt

Seite

Wer die große Zeche zahlt	4 - 5
Negativsteuer!	6
Erbschaftssteuer	7
Stiftungen	8
138 Jahre SPD	9
Ablaufdaten und langer Schatten	10
GLB-Bundeskonzferenz	11
Freiheit durch Eigenverantwortung?	12 - 13
Mindestlohn: Acht Euro	14
Gegen Arbeitszeitverlängerung Regierungen: nichts zu erwarten	15
Was hat Erziehung mit Politik zu tun?	16
EM-Sonntagsöffnung?	17
Die billige Sicherheit	18
Flexicurity - neuer Angriff Aktion gegen Sonntagsöffnung	19
Seid umschlungen Millionen... Arbeitsrecht-Tipp	20
Aus den Arbeiterkammern	21
EL-Netzwerk Gewerkschaften BR-Wahl bei Opel Linser	22
Kurt Palm liest Karl Marx Volksstimme-Fest 2007	23

Wir danken!

Nach dem Erscheinen der letzten Nummer der „Arbeit“ haben wir die BezieherInnen mit einem Spendenbrief „beglückt“, der sehr positiv aufgenommen wurde, wie die zahlreich eingegangenen Spenden zur Finanzierung der „Arbeit“ beweisen.

Wir danken an dieser Stelle allen, die uns mit ihrer Spende unterstützt haben.

Redaktion „Die Arbeit“

Editorial

Mag.
Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB



Zeit ist Geld – nur Arbeitszeit kostet nix!

Während sich kritische GewerkschafterInnen gegen die stetige Aufweichung sämtlicher bisheriger Errungenschaften rund um die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit engagieren, findet klammheimlich und schleichend ein „Diebstahl“ von Lebensarbeitszeit statt. Und damit ist nicht die letzte sog. Pensionsreform gemeint, sondern die Praxis, dass speziell von gut ausgebildeten jungen Menschen nach Abschluss des Studiums verlangt wird, dass sie ohne Bezahlung als PraktikantInnen oder VolontärInnen oft monatelang ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so können sie in ihrem Curriculum vitae keine Praxis nachweisen bzw. bekommen sie keinen Fuß in die Tür eines Betriebes.

Sogar der Begriff „Schnupperpraktikum“, der eigentlich für ein kurzes Praktikum von ein paar Tagen im Rahmen der Suche nach einer Lehrstelle während des Polytechnischen Schuljahres verwendet wird, wurde schon für zwei- bis dreimonatige Gratisarbeit von Menschen mit höherer Qualifikation genannt.

Insbesondere Sozial- und Gesundheitsbetriebe profitieren im wahrsten Sinne des Wortes von Gratisarbeit, weil Fachhochschulen für Sozialarbeit meist schon die Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder Freiwilligen Diakonischen Jahres (die evangelische Variante) als Zugangsvoraussetzung für das Studium verlangen.

Solange führende GewerkschafterInnen einen Mindestlohn von tausend Euro brutto für 40 Stunden Arbeit als Errungenschaft verkaufen, so lange werden sie sich wohl kaum für MaturantInnen und Uni-AbsolventInnen interessieren, die „freiwillig“ eine Zeit lang unbezahlt arbeiten müssen. Das fadenscheinige Argument, dass diese Menschen dafür dann später mal überdurchschnittlich gut verdienen würden, ist nicht nur zynisch sondern auch längst überholt, da die Kollektivverträge im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich entsprechend niedrig sind und Sozialminister Buchinger für die Rund-um-die-Uhr-Betreuung sogar das Hausangestellten-Gesetz bemüht, welches auf hochherrschaftliche Haushalte aus dem vorvorigen Jahrhundert abzielt.

Wer die große Zeche zahlt: Die Werktätigen als Mäzenaten

Kaum ein Bereich des gesellschaftlichen Lebens kommt neuerdings ohne Sponsoren aus. In der Aufregung über diese Entwicklung, die Konzerne und Private als Mäzene erscheinen lässt, wird vergessen, dass – abgesehen vom Spitzensport – der größte Finanzierungsanteil sämtlicher Staatsausgaben immer noch von den Steuerzahlern kommt. Dieser Club droht immer exklusiver zu werden, weil seine Mitglieder fast nur mehr Lohn- und Gehaltsempfänger sind.



Österreich ist das Land mit dem niedrigsten Vermögenssteuersatz in der EU. Die durchschnittliche Vermögenssteuer in der EU wiederum erreicht bei Weitem nicht das Niveau, das in den USA den Reichen zugemutet wird. Der Grund für die Ungleichbehandlung der Vermögenden in Österreich, der EU und den USA könnte darin bestehen, dass sie am Volkseinkommen ungleich partizipieren. Davon kann jedoch aus heimischer Sicht keine Rede sein. Im Februar 2003 veröffentlichten Markus Marterbauer und Ewald Walterskirchen in „Arbeit & Wirtschaft“ einen Artikel mit dem Titel „Die Lohnquote sinkt seit zwei Jahrzehnten“.

Zu den Kernpunkten einer WIFO-Studie schreiben sie: „In Österreich ist die unbereinigte Lohnquote seit 1982 zurückgegangen: Von 76 auf 73 Prozent im Jahr 2005. Diese Entwicklung hat jedoch nur eine sehr geringe Aussagekraft, weil sie mit einer starken Verringerung der Selbständigen – besonders in der Landwirtschaft – verbunden war. Verteilungspolitisch aussagekräftiger ist die Entwicklung der bereinigten Lohnquote. Diese weist seit 1982 eine wesentlich steilere Tendenz nach unten auf: Sie ging 1982 bis 2000 um 8 Prozentpunkte zurück, fast um einen halben Prozentpunkt pro Jahr. Noch stärker war die Verringerung der

Netto-Lohnquote (nach Steuern). Darin spiegelt sich das Postulat der Angebotspolitik wider, dass die Unternehmen steuerlich besonders entlastet werden sollen, damit Investoren im internationalen Standortwettbewerb angelockt werden.“ Zurückgeführt wird dies darauf, dass die hohe Arbeitslosigkeit in ganz Europa die Verteilungsfrage zurückgedrängt habe.

Dass sich daran seither nichts geändert hat, meldete am 22. März „derStandard.at“ unter der Überschrift: „Lohnquote sinkt, Gewinne steigen“. Wörtlich hieß es: „Die Schere zwischen Löhnen auf der einen Seite und Gewinnen der Unternehmen auf der anderen Seite hat sich in den vergangenen 30 Jahren deutlich verschärft. Betrug die Lohnquote – also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Gesamteinkommen – 1975 80,0 Prozent, sank sie bis 2005 auf den Tiefstand von 65,8 Prozent. Die Gewinnquote erhöhte sich im selben Zeitraum von 20,0 auf 34,2 Prozent. ... Für 2006 gibt es lediglich Prognosen des WIFO. Demnach wird für das Vorjahr ein weiterer Rückgang der Lohnquote auf 65,7 und für 2007 auf 65,4 Prozent erwartet.“

Die Hauptursache der Krise des ÖGB liegt demnach im Totalversagen in der Lohnpolitik. Die Spitzen-

gewerkschafter traten der neoliberalen Offensive der Unternehmer nicht angemessen entgegen, die Produktivitätssteigerungen schlugen sich nicht in Lohnerhöhungen nieder. Marterbauer und Walterskirchen: „Wir sollten ... keinem Politiker trauen, der uns verspricht, die Lohnstückkosten zu senken und gleichzeitig die Lohnquote zu erhöhen. Der große Unterschied zwischen den beiden Konzepten liegt im Ziel: Früher wollte die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer stabilen Lohnquote die Nachfrage festigen, heute versucht die vorherrschende Angebots- und Standortpolitik die Lohnstückkosten zu senken, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der Konkurrenzkampf zwischen den Nationen steht im Vordergrund, nicht mehr die Entwicklung der Nachfrage im gesamten Wirtschaftsraum.“

Es ist bezeichnend für die ÖGB-Spitze, dass sie ihr Versagen in der Lohnpolitik durch die Forderung nach einer Steuerreform kompensieren will. Der wunde Punkt dieser Strategie besteht darin, dass ohne gründliche Veränderung des gesamten Steuersystems für durchschnittliche Einkommensbezieher extrem wenig zu holen ist. So ist die von der Regierung Schüssel II als Wahlzuckerl gedachte jüngste Steuerreform an den Lohn- und Gehalts-

beziehen nahezu unbemerkt vorbeigegangen. Nicht weil Schlüssel und Grasser schlechte Menschen sind, sondern weil die steuerliche Ergiebigkeit der Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen unverzichtbar geworden ist.

Während die Stiftungen der wirklich Reichen den enormen Druck von maximal 2,5 Prozent Steuerbelastung aushalten müssen, brauchen sich besser verdienende Lohnabhängige keine großen Gedanken machen, wie sie Bezugserhöhungen verwenden, weil ihnen der Finanzminister 50 Prozent davon abnimmt. Bei kleinen Lohn Einkommen fällt zwar Lohnsteuer an, aber mittlerweile belasten die Abzüge für die Sozialversicherung die Netto-Zahlungen schwer. Dass in Österreich – einem der reichsten Länder der Welt mit steigender Armutsgefährdung – etwas faul ist, dämmert immerhin Sozialminister Buchinger. Er verlangt die Finanzierung der Altenpflege aus einem Zuschlag zur Vermögenssteuer. Das wäre ein Einstieg in die häufig als absolute Teufelei verdammte Wertschöpfungsabgabe, die schon von Alfred Dallinger als unerlässlich für die Finanzierung des Sozialstaates gehalten wurde.

In der Praxis geht das Steueraufkommen immer stärker zu Lasten der Werktätigen. Thomas Lachs, ehemaliger Direktor der Nationalbank und Gewerkschafter, hat für „Arbeit & Wirtschaft“ (Nr. 2/2005) wesentliche Daten präsentiert. Er konstatiert den hohen Anteil der indirekten Steuern in Österreich, die bekanntlich sozial schwächere Zeitgenossen stärker belasten als betuchte Bürger. Lachs schreibt: „Bei uns machen indirekte Steuern über 30 Prozent der Steuereinnahmen aus. Zum Vergleich: In den Niederlanden, Belgien, Deutschland

und Frankreich sind es knapp unter oder knapp über 26 Prozent und in den sicher nicht extrem sozialen USA sind es sogar nur 17 Prozent.“

Anschließend hält er zur Steuerverteilung fest: „Bei den Steuern auf Vermögen zählt Österreich international gesehen zu den Schlusslichtern. Bei uns bezieht der Staat gerade einmal 2,7 Prozent seiner Einnahmen aus dieser Quelle, in Frankreich sind es 5 Prozent, in der Schweiz 7,1 Prozent und in Großbritannien stattliche 7,9 Prozent. Die Vereinigten Staaten beziehen sogar 11,4 Prozent ihrer Einnahmen von den Vermögen der Bürger.“ Noch aufschlussreicher ist die Gegenüberstellung der Lohnsteuern und der Gewinnsteuern (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) für die Jahre 1975 bis 2005. Das Ergebnis: „Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen steigt in 30 Jahren kontinuierlich von 18 auf über 30 Prozent an, während der Anteil der Gewinnsteuern zwar schwankt, aber insgesamt von 17,4 auf 14,4 Prozent gesunken ist. Dabei sind diese Zahlen noch zugunsten der Gewinnsteuern ‚geschönt‘. Denn ab 1995 sind in ihnen sowohl die neu eingeführte Kapitalertragssteuer auf Zinsen und die Körperschaftssteuer auf den Gewinn der Österreichischen Nationalbank enthalten.“

Lachs unterstreicht, dass diese Entwicklung angesichts der sinkenden Lohnquote besonders bedenklich ist. Dazu kommt, dass der Steuersatz für die Körperschaftssteuer, 1975 noch pari mit der Lohnsteuer, seither auf die Hälfte gesunken ist. Mit dem Ergebnis, dass namhafte Großunternehmen häufig nahezu keine Gewinnsteuern zahlen und mit Abstand wesentlich mehr Lohnsteuern abliefern. Die Hauptlast der Steuern wird also auf die Werktä-



tigen und die KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen) abgeladen.

Zwei Stoßrichtungen liegen auf der Hand, um die Steuerbelastung wenn schon nicht gerecht - denn aller gesellschaftlicher Reichtum wird von der lebendigen Arbeitskraft hervor gebracht -, so doch funktional zu verteilen:

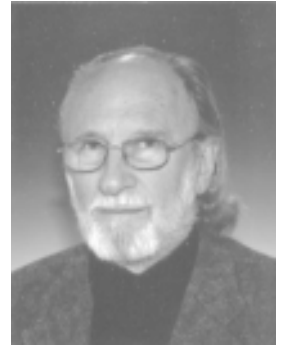
1. Es gilt, die Schere zwischen Gewinnsteuern und Lohnsteuern durch die Erhöhung der Ersteren und die Senkung der Letzteren zu schließen.
2. Es ist die Einführung einer wirkungsvollen Wertschöpfungsabgabe erforderlich, um einerseits die Produktivitätsunterschiede zwischen Konzernen und KMUs ebenso wie zwischen einzelnen Branchen auszugleichen und andererseits den Faktor Arbeit zu entlasten, ohne die Finanzierung der öffentlichen Sozialversicherung in Frage zu stellen.

Lutz Holzinger ist Journalist in Wien

Von Hubert Schmiedbauer

Negativsteuer: Anspruch sofort geltend machen!

*Für Löhne und Gehälter unter 1.130 Euro wird keine Lohnsteuer abgezogen. Dafür kann eine sogenannte Negativsteuer geltend gemacht werden, die nachträglich für das abgelaufene Jahr – und bis zu fünf Jahre rückwirkend – beim Finanzamt zu beantragen ist. Das gilt auch für Lehrlinge, Teilzeitbeschäftigte, FerialarbeiterInnen usw. *) Voraussetzung ist allerdings der Beitrag zur Sozialversicherung. Diese Negativsteuer kann bis zu 110 Euro pro Jahr betragen. PensionistInnen haben keinen Anspruch.*



Viele KV-Löhne liegen noch unter 1.130 Euro brutto, die ArzthelferInnen z.B. beginnen mit 783,40. Seit Jahren fordern AK und Gewerkschaften die Verdoppelung der Negativsteuer, um einen Schritt zur Armutsbekämpfung zu tun. Im Wahlkampf vor einem Jahr hatte sich auch die SP-Führung dafür stark gemacht. Im Forderungskatalog des ÖGB an die neue Regierung wird diese Sofortmaßnahme sogar auf die PensionistInnen ausgedehnt. Aber der ÖGB-Kongress begrüßte das Koalitionsprogramm, obwohl (nicht nur) die Verdoppelung der Negativsteuer fehlt.

Verdoppelung kalt abgewiesen

Was an Negativsteuer zu den Schwächsten fließt, ist völlig gerechtfertigt. Es deckt ohnehin nur ein paar der ärgsten zusätzlichen Belastungen, die von der öffentlichen Hand und von den öffentlichen Dienstleistungen bzw.

deren Privatisierung den Menschen zugemutet werden. Die Verdoppelung dieser Negativsteuer ist also längst fällig.

Während der Budgetdebatten in den letzten Monaten wurde wieder heftig für die Verdoppelung mobilisiert. Die ÖVP vertröstet auf die Steuerreform 2010, und ihr Sozialsprecher Günter Stummvoll delegiert das Thema an das Sozialsystem, das solche Probleme lösen müsse. Am 24. April wurde dann das Budget für 2008/2009 beschlossen. Ohne Verdoppelung der Negativsteuer, lediglich für Pendler mit Bruttoeinkommen unter 1.130 Euro werden maximal 90 Euro (im Jahr!) zugeschlagen.

Ursache:

Hungerlöhne und Schandgehälter

Die Wurzel des Problems liegt natürlich in den untersten Löhnen und Ge-

hältern, die trotz Steuerbefreiung ein zeitgemäßes Leben nicht ermöglichen bzw. überhaupt unter die Armutsgrenze führen. Für diese Menschen ist jede Tarif- und Gebührenerhöhung mit Einschränkungen der Lebensqualität verbunden, an eine „Vorsorge“ ist nicht zu denken, also werden sie dereinst auch die Opfer eines zerschlagenen sozialen Pensionssystems sein.

Darum sind die Diskussionen über Mindestlöhne und Gehälter von tausend Euro (GPA: 1.100 Euro) heftiger und notwendiger geworden. Damit lägen die niedrigsten Einkommen aber immer noch im Bereich der Negativsteuer! Nur eine beinharte Lohnpolitik zur nachhaltigen Anhebung der Mindesteinkommen kann dazu führen, dass für hunderttausende Armutsgefährdete der Abstand von einem normalen Leben verringert wird.

*) Informationen: bei den Finanzämtern; bei den Arbeiterkammern; über www.wien.arbeiterkammer.at.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien



Ein gerechtes Steuersystem braucht eine Erbschaftsteuer

Österreich ist bei den vermögensbezogenen Steuern international schon länger unter den Schlusslichtern. Die Vermögens- und die Börsenumsatzsteuer wurden abgeschafft. Mit 25 Prozent Kapitalertragsteuer endbesteuerte Erträge sind von der Erbschaftsteuer ausgenommen. Die Superreichen bringen ihr Vermögen steuerschonend in etwa 3.000 Privatstiftungen ein, wodurch – trotz enormer privater Vermögen in Österreich – die Erbschaftsteuer stagniert.

Nun soll die Erbschaftsteuer auch noch gänzlich fallen: Der Verfassungsgerichtshof hat sie aufgehoben, weil die Einheitswerte als Bemessungsbasis bei Grundstücken seit 1973 nicht mehr reformiert wurden und sie daher total unrealistisch bewertet sind. Wird die Erbschaftsteuer bis 31. Juli 2008 nicht reformiert dann läuft sie ersatzlos aus. Gleiches gilt für die Schenkungssteuer. Die Erbschaftsteuer ist unbeliebt, weil sich die Bevölkerung ungerecht belastet fühlt. Tatsächlich sind bei Vererbungen von kleinen Vermögen – wie ein Einfamilienhaus – die Gebühren für Notar und Gericht höher als die Steuer. Diese Stimmung wurde für eine absolute Verdrehung der Tatsachen benutzt: Die Erbschaftsteuer würde von der Masse der Bevölkerung bezahlt und ihre Abschaffung begünstige den Mittelstand. Tatsächlich wurden in drei Viertel der Fälle keine oder eine Steuer von weniger als tausend Euro vorgeschrieben. Durch die Abschaffung erspart sich jährlich jede/r der etwa 30 superreichen ErbInnen mehr als eine Million Euro an Steuer. Trotz aller Lücken musste auch bisher diese Steuer nämlich von den wirklich Reichen bezahlt werden.

Die Schieflage zwischen der Steuerbelastung von Arbeit und jener von Kapital ist enorm. Es ist anzunehmen, dass durch die Steuerreform 2010 die Be-

lastung der Löhne und Gehälter nicht gravierend sinken wird. Der Erwerb von enormen Vermögen ohne den Einsatz von Arbeitskraft wird zukünftig vollkommen steuerfrei sein.

Weiters wird angeführt, dass das Einkommen, aus dem das Vermögen angeschafft wurde, bereits versteuert wäre und somit eine Doppelbesteuerung vorliege. Abgesehen davon, dass Einkommen nicht immer versteuert werden oder wie Kapitaleinkommen steuerlich begünstigt sind, liegt bei den ErbInnen keine Doppelbesteuerung vor, obwohl sich ihre Leistungsfähigkeit durch die Erbschaft enorm steigert. Jeder Erwerb von Vermögensgegenständen wird besteuert. Mehrwertsteuer und andere Steuern auf den Verbrauch sind aus dem versteuerten Einkommen zu zahlen. Sollte deswegen auch die Mehrwertsteuer abgeschafft werden?

Weiters wird behauptet, die Administrationskosten der Erbschaftsteuer seien höher als die Einnahmen. Abgesehen davon, dass die Steuereinnahmen entsprechend den hohen Vermögen in Österreich (etwa das Vierfache der jährlichen Wirtschaftsleistung BIP) um einiges höher sein müssten, ließe sich aus den derzeitigen 140 Mio. Euro einiges finanzieren: Das kostenlose Vorschuljahr oder die dringend

gebrauchten 25.000 Kinderbetreuungsplätze,.

Fällt auch die Schenkungssteuer, dann bricht ein Damm und die Steuerausfälle wären ein Mehrfaches: Grundstückskäufe als Schenkung deklariert, würden die Grunderwerbsteuer ersparen. Gehört ein Betrieb nicht mehr einer einzelnen Person, weil er steuerfrei auf eine Reihe von Familienangehörigen verschenkt werden kann, dann muss auch der dem Finanzamt angegebene Gewinn nicht mehr von einer Person versteuert werden. Er verteilt sich anteilmäßig auf mehrere Personen und somit kann der Steuerprogression in der Einkommensteuer ein Schnippchen geschlagen werden. De facto ein „Familiensplitting“.

Wenn bei der nächsten Steuerreform der Faktor Arbeit spürbar entlastet werden soll, kann auf Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern nicht verzichtet werden. Eine sozial reformierte Erbschaftsteuer, die große Vermögensvererbungen wirksam erfasst und bescheidenes, im Laufe eines Arbeitslebens angeschafftes Vermögen schont, sollte dazu einen relevanten Beitrag liefern.

Franz Gall ist Referent der wirtschaftspolitischen Abteilung der AK-Oberösterreich

Von Leo Furtlehner

Wer Millionen hat geht stiften...

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser meinte, sie seien zur „absoluten Erfolgsgeschichte der letzten Jahre geworden“. Die Rede ist von den Privatstiftungen, 1993 vom damaligen SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina zur steuerschonenden Veranlagung des wirklichen Reichtums geschaffen. Auf Stiftungen spezialisierte Privatbanken weisen daher auch gleich präventiv darauf hin, dass sich eine solche Veranlagung erst ab 1,5 Millionen Euro lohnt.



Ende 2006 waren in 2.911 Privatstiftungen schätzungsweise 55 Milliarden Euro veranlagt. Zwei Drittel davon entfallen auf Firmenbeteiligungen, hinter den hundert größten heimischen Privatunternehmen stehen mittlerweile Stiftungen. Über all dem liegt freilich der Mantel des Schweigens, denn über Geld spricht man bekanntlich nicht, zumal dann, wenn man es im Übermaß besitzt.

Nicht nur der deutsche Steuerflüchtling Flick, sondern auch alle namhaften österreichischen Milliardäre wie Androsch (SPÖ), Prinzhorn (FPÖ), Bartenstein (ÖVP), Haselsteiner (LIF), Wlaschek, Stronach, Meinl, Palmers, Dichand, Lugner, Swarovski, Esterhazy, Piech usw. haben ihr Vermögen steuerschonend in Privatstiftungen angelegt und sind damit vor der Steuerleistung „stiften“ gegangen.

Laut dem Wirtschaftsanwalt Rudolf Fries ist die Stiftung „bereits der Prototyp des österreichischen Kernaktionärs“ geworden. Dabei unterscheiden sich solche heimische Finanzinvestoren in nichts von ausländischen: Ziel ist das maximale Abcassen – und als Draufgabe erhalten hiesige Investoren noch riesige Steuergeschenke. Fries selbst ist das beste Beispiel dafür.

Die Fries-Gruppe kaufte sich 2003 mit 130 Millionen Euro im Zuge der Vollprivatisierung bei Böhler-Uddeholm ein und kassiert 2007 beim Verkauf für ihren Anteil von 20,95 Prozent 737 Millionen Euro, casht also über 600 Millionen Euro Zugewinn ab. Wie die großbürgerliche „Presse“ berichtet, verkauft die Fries-Gruppe ihre Aktien nicht direkt, sondern über eine BU-Holding – und spart damit die beim Aktienverkauf fälligen 25 Prozent Körperschaftssteuer.

Somit müssten zwar die VerkäuferInnen persönlich Einkommensteuer vom Verkaufserlös zahlen. Weil sie aber mit ihren Anteilen über Stiftungen an der BU-Holding beteiligt sind, fallen für sie nur 12,5 Prozent Steuer an. Auch diese sparen sich Fries & Co. wiederum, wenn die Stiftungen innerhalb eines Jahres in eine neue GesmbH investieren. Erst wenn diese Gesellschaft wieder verkauft wird, fällt die Steuer an. Die FinanzinvestorInnen der Fries-Gruppe sparen sich somit rund 150 Millionen Euro Steuern und können frohgemut die nächsten Investments angehen.

Durch das Parken großer Vermögen in Stiftungen wird auch Erbschaftssteuer im großen Stil „vermieden“. Von den

für 2007 budgetierten 170 Mio. Euro Erbschafts- und Schenkungssteuer kommen nur rund zehn Prozent aus Stiftungen. Kein Wunder, dass auf diese Weise die Erbschaftssteuer gezielt ausgehungert wurde und Kanzler Gusenbauer via „Bildzeitung“ erklären konnte: „Steuern runter macht Österreich munter - und sicher auch Deutschland“ mit der Ergänzung „Tatsache ist, dass es von Mitte 2008 an in Österreich keine Erbschaftssteuer mehr gibt. Ich bitte Sie, das möglichst breit zu publizieren!“

Als „Ausgleich“ dafür, dass die großen Vermögen zunehmend keine Steuern zahlen und die Konzerne gleichzeitig Förderungen kassieren, wie in dem Buch „Asoziale Marktwirtschaft“ sehr anschaulich nachgewiesen wird, beschwichtigen sie die Öffentlichkeit mit Almosen in Form von Sponsoring oder Spenden. Dass durch die systematische Steuerflucht von Kapital und Vermögen auf der Kehrseite die Lohnabhängigen über die Lohn-, Mehrwert- und Mineralölsteuer einen immer größeren Teil des Steueraufkommens leisten müssen und die öffentlichen Leistungen finanziell immer systematischer ausgehungert werden wird von der etablierten Politik gar nicht mehr thematisiert.

Leo Furtlehner leitet die Redaktion der „Arbeit“

138 Jahre SPD tun dem Kapital nicht weh

Das Match „Deutsche Telekom gegen Ver.di“ ist zulasten der Beschäftigten entschieden. Mit überwältigender Mehrheit stimmte die Ver.di-Tarifkommission am 20. Juni 2007 dem Kompromiss mit der Deutschen Telekom zu. Die Ursache für diesen Arbeitskampf liegt nun schon eine Weile zurück.

Mitte der neunziger Jahre – unter Zustimmung der sich damals noch in Opposition befindlichen SPD – wurde eine weitere Grundgesetzänderung entschieden, die zu einer Zerlegung der Deutschen Bundespost in Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG führten, die sich nun dem rauen Wind des Neoliberalismus stellen mussten. Nicht genug, dass der nun ausgehandelte Kompromiss einer fast 40prozentigen Lohnkürzung gleichkommt, so wurde in den letzten gut zehn Jahren die Belegschaft mehr als halbiert.

Warnende Stimmen, öffentliche Dienste privaten Profitinteressen auszuliefern gab es seinerzeit zuhaufe – hören wollte sie aber keiner. Dass durch die Privatisierung der gesamten einstigen Deutschen Bundespost fast 300.000 Arbeitsplätze wegfielen, kümmert wohl keinen der damaligen Grundgesetzänderer (O. Meyer, Ossietzky 9/2007).

Nach zehnwöchigem Arbeitskampf setzte sich die Arbeitgeberseite weitgehend durch: „Wir haben den finanziellen Zielkorridor beim Sparprogramm ordentlich getroffen“, so Telekom-Personalchef Thomas Sattelberger. Mittelfristig wird die Kostenersparnis für die Telekom wie geplant mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr betragen. Durch

diesen Kompromiss werden jedoch nicht die tatsächlichen Probleme wie etwa der Verlust von zwei Millionen Kunden im letzten Jahr einer Lösung zugeführt.

Auf rund 50.000 Beschäftigte der Festnetzsparte T-Com kommen nun tiefe Einschnitte zu. Sie sollen in drei neue Firmen (Callcenter, Technischer Kundendienst und Technische Infrastruktur) versetzt werden. Dort wird ihre Wochenarbeitszeit um vier auf 38 Stunden erhöht. Zudem müssen sie Gehaltseinbußen von 6,5 Prozent hinnehmen. Für die ersten 18 Monate wurde jedoch ein Einfrieren der Einkommen vereinbart.

Und das für Beschäftigte eines Konzerns, der im 1. Quartal 2007 einen Reingewinn von 459 Millionen Euro eingefahren hat. Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, dass dieser faule Kompromiss als Blaupause für Lohndrückerei in anderen Sparten des Konzerns genutzt wird. Gut war der erzielte Abschluss jedoch für die Börse: So kletterte die T-Aktie zeitweise um mehr als zwei Prozent nach oben. Wie blind sind eigentlich Ver.di-Funktionäre die meinen, dass durch den Kompromiss die Einkommen stabil bleiben. Im Originalton liest sich das so: „Die getroffenen Tarifregelungen sichern die heute vorhandenen Einkom-

men ab – trotz Reduzierung des Entgelt-niveaus in den neuen Gesellschaften“.

Dieser Ausgang stärkt natürlich den Arbeitgeber etwa bei Karstadt-Quelle in Nürnberg und Leipzig den Rücken, um die dort in Angriff genommenen Lohnkürzungsprogramme ohne nennenswerten Widerstand der gewerkschaftlichen Vertretung durchzusetzen. Doch das Vorgehen des Managements kommt nicht von ungefähr: Alle großen Konzernchefs brüsten sich damit, wie durch radikale Lohneinkommensenkungsprogramme die Bilanzen und insbesondere die Aktienkurse auf Vordermann gebracht werden. Jedes Zurückweichen der betrieblichen Lohnkurve zieht unmittelbar ein Ansteigen der Aktienkurse nach sich.

Es bedarf daher neuer Organisationsformen, in denen der Mensch in all seiner Vielfältigkeit auch wahrgenommen wird. Es war ein Viktor Matejka, der unermüdlich darauf hingewiesen hat, dass der Widerstand gegen das kapitalistische System täglich zu leisten ist. Dieser Kampf beginnt jedoch bei einem selbst! Es ist erschreckend mit ansehen zu müssen, wie sich ehemals kritische Menschen zu unkritischen und unterwürfigen entwickeln. Damit noch nicht genug, geschieht diese Metamorphose oftmals auch noch freiwillig.

Josef Schmee ist Referent der Wiener Arbeiterkammer

Von Manfred Groß

Ablaufdaten und langer Schatten



Die Arbeiterkammer ist es, die immer wieder Verstöße gegen die Ablaufdaten-Regelungen im Handel aufdeckt. Dort darf sie, obwohl zum Ärger der geschädigten KonsumentInnen nie bekannt wird, wer sich die größten Verstöße erlaubt und wem gegenüber Vorsicht am Platz ist. So weit, so schlecht

Ganz anders, weil viel transparenter, ist die Sache in der hohen Politik. Da werden in Wahlkämpfen Versprechen abgegeben und – ganz ohne gesetzlichen Zwang! – mit Ablaufdaten versehen: „In dieser Periode werden wir...!“ oder „Wenn wir gewinnen werden wir sofort ... in Angriff nehmen!“. Kurz darauf ist alles schon wieder Schnee von gestern. Die schönen Wahlprospekte sind Makulatur, und die aus gestylten PolitikerInnengesichtern via Fernsehen fließenden Versprechen verpuffen wie Wasserdampf im Äther einer schnelllebigen Medienwelt.

Und wieder einmal bleiben die Gutgläubigen und Geblendeten übrig. Und wieder einmal geht das Gejammer über die Politiküberdrüssigkeit der Bevölkerung und ganz besonders der Jugend los, wobei in der Regel die Wahllügner am eindringlichsten jammern.

Diesmal ist es besonders schlimm mit dem Brechen von Versprechungen, wobei die SPÖ in dieser Disziplin alle Rekorde bricht:

- Wir werden den Eurofighter-Vertrag kündigen! („Sozialfighter statt Teurofighter“ stand auf Plakaten)

- Wir werden die Studiengebühren ohne Wenn und Aber wieder abschaffen! (Dass man zum Regieren einen Koalitionspartner braucht, wusste man auch schon vor der Wahl)
- Wir werden eine große Bildungsreform mit Gesamtschule und verpflichtendem Vorschuljahr durchführen! (Was sich bisher abzeichnet, sind verpflichtende Sprachstunden für Kinder mit Migrationshintergrund im Rahmen des Kindergartens)
- Große Steuerreform mit Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Wegfall der „Gruppenbesteuerung“ für Großkonzerne zum einen und massive Entlastung der ArbeitnehmerInnen und kleinen Einkommen zum anderen! (Jetzt schaut es nach weiterer massiver Entlastung der Vermögenden und der Konzerne aus, während die Steuerentlastung unten immer weiter in die Ferne rückt)
- Umfassende Lösung des Pflegeproblems: 24-Stunden Betreuung soll leistbar werden, illegales Personal soll in die Legalität geholt und auf KV-Basis entlohnt werden. (Jetzt geht sogar das Begräbnisgeld, das sich viele Alte angespart haben, tschuri, wenn es über 5.000 Euro beträgt – und wer für 24-Stunden Betreuung eines Pflegefalls sorgen muss, wird sehen, wie weit er/sie mit dem staatlichen Zuschuss kommt...)

Die Liste ließe sich fortsetzen. Und selbst, wenn man einräumt, dass in dieser Regierungskonstellation sich kein Programm des Fortschrittes realisieren lässt, so muss sich die SPÖ den Vorwurf gefallen lassen, dass sie weit davon entfernt ist, eine „sozialdemokratische Handschrift“ sehen zu lassen, von der Gusenbauer immer wieder sprach. Statt besagter Handschrift sieht man nur den langen Schatten Schüssels über Österreich liegen, dessen reales Ablaufdatum zumindest bedeutend länger zu sein scheint, als die Ablaufdaten der SPÖ-Versprechen.

Manfred Groß, gelernter Beruf Schriftsetzer, war von 1989 bis 2005 GLB-Bundesvorsitzender

GLB-Bundeskonzferenz mit Schwerpunkt Umverteilung

Als Impuls für die linke Gewerkschaftsbewegung verstand sich die Bundeskonferenz der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB), die am 23. Juni 2007 in Wien stattfand. GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit skizzierte in seiner Begrüßung die turbulente Entwicklung im ÖGB in den letzten zwei Jahren und stellte als Resümee fest, dass die Chance für eine Reform vertan wurde. Der GLB hatte dafür engagiert mitgearbeitet, seine Vorschläge wurden jedoch einmal mehr von den dominierenden Mehrheitsfraktionen nicht aufgegriffen.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz war die Haltung des GLB zu gewerkschaftsrelevanten Regierungsthemen und die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit als wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe. GLB-Bundesvorsitzende Karin Antlanger setzte sich ausführlich mit Themen wie Arbeitszeit, Ladenöffnungszeiten, Lohnpolitik, Mindestsicherung, Steuerpolitik, öffentliches Eigentum und Liberalisierung auseinander und stellte abschließend fest: „Als Kernforderungen für eine andere Gewerkschaftspolitik sehe ich eine Arbeitszeitverkürzung, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, die Umverteilung durch eine andere Steuerpolitik und den Kampf um die Erhaltung des öffentlichen Eigentums“.

Die TeilnehmerInnen der Bundeskonferenz beschlossen eine aktualisier-

te und erweiterte Version des Kurzprogramms „Wofür steht der GLB?“ mit den Schwerpunktforderungen des GLB. Weiters wurden Resolutionen mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro pro Stunde, gegen die Sonntagsöffnung und Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel, gegen die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und damit verbunden zur Unterstützung einer fraktionsübergreifenden Initiative, weiters zur Ablehnung des EU-Grünbuches Arbeitsrecht und dem damit verbundenen Flexicurity-Konzept und zur Pflege-thematik beschlossen.

Einen wichtigen inhaltlichen Impuls verbunden mit einer angeregten Debatte verschaffte der Konferenz die Innsbrucker Politologin Alexandra Weiss, die sich mit der Thematik der Gewerkschaftspolitik unter den Bedin-



*Mag. Karin Antlanger
Bundesvorsitzende des GLB*

gungen des Neoliberalismus auseinander setzte. Weiss zeigte dabei auf, dass der an sich positiv besetzte Begriff der Eigenverantwortung unter den Bedingungen des Neoliberalismus völlig deformiert und als Vehikel zur Zerstörung des Sozialstaates missbraucht wird. Weiters beleuchtete sie insbesondere auch das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Feminismus und stellte als Schlussfolgerung fest: „Auch für die Gewerkschaften als soziale Bewegung gilt die Kernthese des Feminismus, wonach das Private politisch ist.“

Die Bundeskonferenz wählte eine neue Bundesleitung mit 16 und eine Bundeskontrolle mit fünf Mitgliedern. Als Bundesvorsitzende wurde die Juristin und Sozialpädagogin Karin Antlanger (BRV EXIT-sozial Linz, Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes) bestätigt. Als StellvertreterInnen wurden der Koch Josef Stingl (GLB-Sprecher Tirol), die Angestellte Barbara Buchacher-Kundi (Mitglied des ÖGB-Bundesfrauenausschusses) und der Lokführer Werner Beier (BR ÖBB-Traktion Ost, Mitglied des Vida-Vorstandes) gewählt. Der ÖGB-Sekretär Oliver Jonischkeit wurde als GLB-Bundessekretär in seiner Funktion bestätigt.



Rege Mitarbeit gab es von den TeilnehmerInnen bei der Bundeskonferenz des GLB

Von Alexandra Weiss

Freiheit durch Eigenverantwortung?

Eigenverantwortung ist an sich ein positiver Begriff, der eigenständiges Handeln, die Verantwortlichkeit dafür, Selbstbestimmung oder Selbstverwirklichung und in diesem Sinn Freiheit bezeichnet oder bezeichnen kann. Was meint aber der Begriff der Eigenverantwortung und Freiheit heute, im Zuge der neoliberalen Umformung von Ökonomie, Politik und Gesellschaft? Unter den gegenwärtigen Bedingungen verbreitet der Begriff Unsicherheit, ist er doch vor allem als Kampf-ansage an den Sozialstaat, an Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu verstehen.



Vergessen wird dabei: Wo immer Menschen für Freiheit gekämpft haben, haben sie den Weg dazu gleichzeitig immer auch mit sozialer Gleichheit bzw. dem Kampf gegen Privilegien verbunden. Der französische Theoretiker Etienne Balibar hat deshalb den Begriff der Gleichfreiheit (egaliberté) vorgeschlagen – denn in der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 werden diese beiden Begriffe, so Balibar, für identisch erklärt: „Jeder ist genau das ‚Maß‘ des anderen.“

Heute wird von einer voraussetzungslosen Freiheit ausgegangen. Eine Freiheit ohne Gleichheit ist aber keine Freiheit oder sie ist nur eine Freiheit für wenige bzw. für jene, die Freiheit nicht jenseits ökonomischer Macht verstehen können. Diese Freiheit ist nicht mehr verbunden mit einer Vision über die Gesellschaft und darüber wie Menschen zusammen leben sollen, es handelt sich dabei vielmehr um eine asoziale, bezugslose Freiheit.

Nun ist der Sozialstaat einmal angetreten, wenn schon nicht eine gesellschaftliche Utopie umzusetzen, so doch zumindest ein gewisses Maß an Gleichheit und allgemeine gesellschaftliche Teilhabe herzustellen. Aber selbstverständlich waren auch hier nicht alle gemeint.

Vom Fordismus zum Postfordismus: eine maskulinistische Wende

Der sozialstaatliche Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte ging mit einem hohen Grad an staatlicher Wirtschaftssteuerung, einer Anerkennung der Gewerkschaften, der Institutionalisierung des Klassenkompromisses im Rahmen korporatistischer (sozialpartnerschaftlicher) Systeme und einer Verallgemeinerung einer spezifischen Lebensweise, der Familienerhalter-/Hausfrauen-Ehe einher. Der fordistische Staat ging also erstmals mit einer Inklusion der ArbeiterInnenklasse einher – der Staat wird ein Staat des gesamten Volkes. Der Klassenkompromiss ist aber auch als Kompromiss zwischen Männern bzw. Männerbünden zu betrachten und vor diesem Hintergrund hat der Sozialstaat von Beginn an eine „geschlechtsspezifische Schlagseite“, die auch durch Reformen in den 1970er und 1980er Jahren nur ansatzweise ausgeglichen werden konnten. Die tiefe Ambivalenz von Männern (nicht nur) in Gewerkschaften gegenüber der Erwerbstätigkeit von Frauen wurde prägend für das System und durchzieht gewerkschaftliche Politik bis heute.

Frauenarbeit (im Beruf und im Haus) und Fraueninteressen wurden und wer-

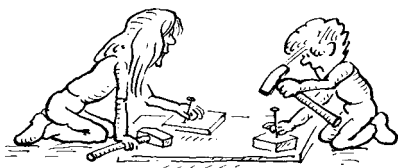
den aus dem politischen Diskurs ausgeklammert und ins Private abgeschoben. Dadurch wird nicht nur die Arbeit von Frauen ignoriert, es wird auch die spezifische Funktionsweise kapitalistischer Produktion, die auch auf unbezahlter Arbeit beruht, nicht erfasst. Der „proletarische Patriarchalismus“ der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist so mitverantwortlich für geringe Fraueneinkommen, da Frauenarbeit grundsätzlich als Zuarbeit und unqualifizierte Arbeit eingestuft wurde. In Bezug auf ihre soziale Sicherheit werden sie auf ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis zu einem Mann verwiesen und in diesem Sinn behandelt der Sozialstaat Frauen nicht als autonome Individuen, sondern als Ehefrauen und Mütter.

Mit der Krise des Fordismus und des Sozialstaates wurden die einsetzenden geschlechterpolitischen Reformen im Ansatz erstickt. Der Abbau des Sozialstaates und die Reprivatisierung sozialer Dienste gehen in erster Linie zu Lasten der Frauen. Zum einen sind sie gerade in Hinblick auf Betreuungsdienste vom Sozialstaat abhängig, zum anderen richten sich die Appelle zur Übernahme sozialer Verantwortung in der so genannten Bürgergesellschaft vor allem an sie: Frauen sollen den Sozialstaatsabbau sozial verträglich gestalten.

Konsequenzen und Perspektiven

Globalisierung und die Neustrukturierung der Arbeitsverhältnisse stellen Gewerkschaften nun vor wachsende Probleme. Die Arbeitgeberseite ist beweglicher geworden und kann Standortverlagerungen leichter vornehmen oder zumindest als Druckmittel einsetzen. Verschärft wird der Machtverlust der Gewerkschaften noch durch die relativ hohe Arbeitslosigkeit.

Mit der Atypisierung von Arbeitsverhältnissen ist es zudem zu einer Aufspaltung von Interessenlagen gekommen, die schwieriger zu organisieren sind. Alternative Instrumente der Interessendurchsetzung konnten sich in Gewerkschaften bislang aber kaum durchsetzen. Vielmehr stehen wir derzeit noch vor der Situation, dass das Problem an sich kaum wirklich angegangen wurde. Hintergrund dafür dürfte nicht zuletzt der Umstand sein, dass die atypischen oder prekären Arbeitsverhältnisse überwiegend von Frauen eingenommen werden. Da die maskulinistisch agierenden Gewerkschaften Frauenarbeit immer schon nur als Zuarbeit verstanden haben, zielt ihre Politik auch wenig auf die Problematik, die dieser Entwicklung innewohnt.



Um dem entgegenzuwirken dürfen sich Gewerkschaften nicht auf die vermeintlichen Kernfragen gewerkschaftlicher Politik reduzieren lassen. Gewerkschaften waren soziale Bewegungen, die angetreten sind die Lebenssituation der ArbeiterInnen zu verbessern und für eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen. D.h. es geht nicht „nur“ um die Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Betriebsvereinbarungen usw. Es geht um viel mehr – nämlich um die Frage, wie wir leben wollen.

Der Machtverlust der Gewerkschaften macht heute mehr denn je ein Agieren notwendig, das mehr jenem einer sozialen Bewegung ähnelt, als dem einer quasi-staatlichen Institution. Und dies ginge nicht zuletzt mit anderen Formen der Politik und anderen Politikgehalten einher. Eine umfassende Politik, wie sie von der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung betrieben wurde, die zugleich auf Gesellschaft, Politik und Ökonomie abzielt, müssen sich Gewerkschaften – auch in Verbindung mit anderen politischen AkteurInnen – wieder verstärkt zu eigen machen.

Der spanische Soziologe Adolfo Paramio schrieb Anfang der 1980er Jahre: „Die Hegemonie der Gewerkschaften wird davon abhängen, ob die Forderungen der Frauenbewegung [und des Anti-Rassismus, Anm. A.W.] integriert werden.“ Wird diese Integration ernsthaft betrieben, kann dies nicht, wie derzeit in Form von abgesonderten und nicht in die Machtzen-



24

tren integrierten Frauenabteilungen geschehen, sondern im Kern der Organisation und der Politik; sonst wird eine Politik des „Teile und Herrsche“ fortgesetzt. Denn die Trennung von Zusammenhängen war immer schon ein Instrument der Stabilisierung von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen. In diesem Sinn geht es auch um die Aneignung einer „Hauptthese“ des Feminismus: „Das Private ist politisch!“

Alexandra Weiss ist Politologin und freie Wissenschaftlerin, derzeit im Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Universität Innsbruck tätig und Lektorin an verschiedenen Universitätsinstituten und Fachhochschulen, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Emanzipation und Partnerschaft und der Michael-Gaismair-Gesellschaft

Mindestlohn: Acht Euro pro Stunde

„Wir fordern daher die GewerkschafterInnen im Nationalrat auf, mit einem Initiativantrag für die rasche Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von acht Euro pro Stunde tätig zu werden, der jährlich valorisiert wird.“ fordert die GLB-Bundeskonferenz vom 23. Juni 2007. Für eine solche Forderung gibt es recht einleuchtende Begründungen:

Die Löhne bleiben zurück

Die Löhne sind in Österreich in den letzten zehn Jahren real nur um magere 2,8 Prozent gestiegen (zum Vergleich in Schweden um 25,4 Prozent). Die sinkende Lohnquote illustriert das Zurückbleiben der Löhne bei gleichzeitig steigenden Gewinnen und Vermögen anschaulich.

Die Kosten für Wohnen, Energie und andere Grundbedürfnisse steigen hingegen überdurchschnittlich, BezieherInnen kleiner Einkommen sind davon besonders stark betroffen, gerade ihre Einkommen bleiben aber zurück.

Immer mehr Menschen sind prekär (Teilzeit, geringfügig usw.) beschäftigt. Sie sind doppelt betroffen: Durch zu geringe Stundenanzahl und zu niedrigem Lohn. Immer mehr Menschen kommen mit ihrem Einkommen immer weniger aus und werden von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen und damit grundlegender Menschenrechte beraubt.

Arm trotz Vollzeitarbeit

Ein Grundgedanke des Sozialstaates, dass Menschen ohne Vermögen wenigstens durch ihre Arbeit am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt werden, wird immer mehr ausgeschaltet.

Viele müssen Zusatzjobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Besonders betroffen von niedrigen Löhnen sind Frauen, Beschäftigte in Kleinbetrieben und im Dienstleistungsbereich.

Wenn es um die Löhne geht, schalten die Unternehmer die geheiligten Grundsätze des Wettbewerbs aus. Am liebsten hätten sie möglichst viele Niedriglöhne und behaupten dazu noch zynisch, damit würden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Damit es zum Leben reicht, soll der Staat durch Kombilöhne oder die geplante bedarfsorientierte Mindestsicherung nach dem Vorbild von „Hartz IV“ in Deutschland auf Kosten der SteuerzahlerInnen draufzahlen.

Ein Mindestlohn ist finanzierbar

Während die Löhne stagnieren, steigen die Profite und Millionenvermögen in astronomische Höhen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel des Vermögens, weitere neun Prozent das zweite Drittel, die restlichen 90 Prozent müssen sich das letzte Drittel teilen.

Den 67.700 MillionärInnen stehen 1,2 Millionen armutsgefährdete Menschen gegenüber, die weniger als 848 Euro monatlich zum Leben haben. 235.000 Menschen verdienen trotz Vollzeitarbeit sowenig, dass sie armutsgefährdet sind.

Österreich ist das fünftreichste Land der EU. Die Produktivität der Wirtschaft hat durch die Leistung der Beschäftigten eine beispiellose Rekordhöhe erreicht. Ein Lohn, der zur Existenzsicherung reicht, ist also finanzierbar.

Eine Vollzeitwerbsarbeit muss eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.

Warum ein Mindestlohn per Gesetz?

Die Gewerkschaften haben sich sozialpartnerschaftlich den Standortwünschen der Unternehmerseite angepasst und damit in der Lohnpolitik versagt. Prozentuelle Lohnabschlüsse haben die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen vergrößert.

Nicht einmal der von der Regierung angekündigte Mindestlohn von tausend Euro brutto (das sind magere 5,95 Euro pro Stunde bzw. 820 Euro netto monatlich) ist per General-Kollektivvertrag für alle Branchen durchsetzbar. Nur branchenweise und erst in einigen Jahren soll er kommen.

In 18 der 25 EU-Länder gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn, so etwa in Luxemburg (9,08 Euro pro Stunde), Irland (8,30), Frankreich (8,27), den Niederlanden (8,13), Großbritannien (7,96) und Belgien (7,93). Ein solcher Mindestlohn war nirgends schädlich für die Beschäftigung, im Gegenteil wurden Lohnunterschiede und die Benachteiligung der Frauen reduziert.

Ein Mindestlohn stellt die Kollektivvertragshoheit der Gewerkschaften nicht in Frage. Er unterstützt diese im Gegenteil sogar, weil er auch in jenen Branchen und Betrieben wo es keine Gewerkschaften gibt Mindeststandards durchsetzt.

Initiative gegen Arbeitszeitverlängerung

Die überfraktionelle „Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB“ hat eine Kampagne gegen Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung gestartet. In einer dazu an den ÖGB gerichteten Resolution heißt es:

„Wir protestieren gegen die Sozialpartnereinigung zur Arbeitszeitverlängerung und -flexibilisierung, die nun in Gesetzesform vorliegt. Die aktuelle Einigung birgt weitere Belastungen für ArbeitnehmerInnen: Über den Kollektivvertrag, über Betriebsvereinbarungen und in manchen Fällen sogar über Einzelvereinbarung sollen über sehr lange Zeiträume extrem belastende Arbeitszeiten möglich werden, ohne dass diese durch Geld oder Freizeit besonders vergütet werden.“

Es nutzt den ArbeitnehmerInnen wenig, dass die gesetzliche Normalarbeitszeit grundsätzlich gleich bleibt, wenn gleichzeitig auf den anderen Ebenen die Arbeitszeit so massiv flexibilisiert und ausgeweitet wird. Durch den vorliegenden Gesetzesentwurf könnte es für noch viel mehr Beschäftigte zur Realität werden, 10 oder sogar 12 Stunden pro Tag arbeiten zu müssen.

Eine weitere Erhöhung der täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeit würde bei vielen ArbeiterInnen und Angestellten zu erheblichen gesundheitlichen Problemen führen, und ist gesellschaftspolitisch hinsichtlich der hohen Arbeitslosenzahlen der falsche Weg! Stattdessen verlangen wir UnterzeichnerInnen:

1. Die Arbeitszeitregelungen müssen neu verhandelt werden!
2. Die GewerkschafterInnen im Parlament sollen der aktuellen Gesetzesvorlage ihre Zustimmung verweigern!
3. Der ÖGB als unsere Interessensvertretung muss politischen Druck für eine Verbesserung der Arbeitszeitregelungen ausüben und darf dabei die Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Regierung nicht scheuen. Der ÖGB und die

Teilgewerkschaften müssen sich endlich für die seit Jahrzehnten gültigen Beschlüsse zu Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn einsetzen!“

Informationen dazu gibt es unter initiative-oegb@gmx.at

Von den Regierungen ist nichts zu erwarten

Die Massensteuern auf Löhne und Konsum bescheren den Finanzministern jährlich Rekorderlöse. Durch die Progression rutschen immer mehr Lohnsteuerpflichtige in höhere Steuerstufen. Die Profit- und Privilegierteneinkommen haben unzählige Schlupflöcher – abgesehen von der milliardenschweren Schonung der Konzern- und Spekulationsprofite. Die Gruppenbesteuerung der Konzerne abzuschaffen, brächte laut SP-Matznetter (Juli 2006) jährlich 600 bis 700 Mio. Euro. Gusenbauer lobt im Juni 2007 die Gruppenbesteuerung...

Eine Steuerreform, die nur innerhalb der Lohnabhängigen umverteilt, was sie selbst eingezahlt haben, würde das Gesamtniveau der Belastungen weiter steigen lassen, das Kapital und die Millionenkassierer aber nach wie vor schonen. Genau dort liegen die aus minderbezahlter Lohnarbeit aufgehäuften Profite und dürfen handelsbarrierefrei verfrachtet werden, um neuerlich lohndrückend wirksam zu werden. So gesehen ist die Negativsteuer eine indirekte Subventionierung von Unternehmern.

Von den Regierungen ist nichts zu erwarten, es sei denn, die Gewerkschaften - und unter ihrer Führung die Millionen Betroffenen - nehmen den Kampf auf beiden Seiten auf: sowohl für Masseneinkommen, die zum Leben reichen und obendrein konjunkturwirksam sind, als auch für eine Steuerpolitik, die eine soziale Reform der Abschöpfung, also eine Umverteilung von ganz oben nach unten zum Ziel hat.

Von Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien



Von Anna-Erika Paseka

Was hat Erziehung mit Politik zu tun?

Ist politisches Bewusstsein schädlich für Kinder? Kann man ohne Politik besser erziehen?



In einer Diskussion brachte ich den Zusammenhang von Politik und Erziehung ins Gespräch. „Politik hat doch mit Erziehung nichts zu tun!“, war die empörte Reaktion. Gleichzeitig teilte meine Diskussionspartnerin mit Stolz mit, dass sie selbst unpolitisch sei. Und überhaupt – Politik sei nicht wichtig im Leben, sie hätte ohnehin Sorgen genug. Sie wechselte das Thema und erzählte verärgert, dass eine Studienkollegin, die bereits in Pension ist, den JungstudentInnen die ohnehin rar gewordenen Studienplätze „wegnimmt“!

In ihrer Ansicht über Erziehung und ihrer Verachtung für ältere Menschen, die sich - ohne an Geld und Karriere zu denken - weiterbilden wollen, stecken verborgene politische Forderungen. Scheinbares politisches und gesellschaftliches Desinteresse dient der Verschleierung eigener Machtinteressen. Einen Verletzten auf der Straße unversorgt liegen zu lassen, ist eine unterlassene Hilfeleistung und damit ein strafbarer Tatbestand. Unseren Kindern die bestimmende Rolle von Wirtschaft und Politik zu verschweigen kommt dem gleich. Die Bildung eines politischen Bewusstseins braucht Anregungen durch kompetente Vorbilder.

Wer glaubt sich der Manipulation durch Führungskräfte entziehen zu können, kapituliert vor der Macht. Solche Menschen nehmen sich selbst nicht ernst, respektieren weder sich noch ihre Kinder. Sie verraten ihre eigenen und die Rechte ih-

rer Kinder. Ohne politisches Bewusstsein sind wir orientierungslos und manipulierbar. Es bedarf eines Verantwortungsgefühls und der Bereitschaft sich selbst in Frage zu stellen, um Kindern zu helfen, selbstbewusste Erwachsene zu werden, die sich gegen Unterdrückung und Manipulation wehren.

Der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter* schreibt: „Wenn man Phänomene wie die willfährige Teilnahme von einzelnen, von Gruppen, von ganzen Völkern an unmenschlichen Verbrechen in der Geschichte besser verstehen und vor allem, wenn man in der Erziehung solchen Gefahren besser vorbeugen will, muss man künftig zweifellos den sozialpsychologischen Bedingungen moralischen Verhaltens sehr viel mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken. ... In einer neuen Erziehung müssten die größten Energien darauf verwendet werden, dem jungen Menschen seine gefährliche Bereitschaft deutlicher zu machen, sich hörig äußeren Autoritäten zu unterwerfen, die sich ihm als Substitut für seine Gewissensinstanz allenthalben anbieten.“

Daher ist „raushalten und nichts tun“ gefährlich, denn die gesellschaftspolitischen Einflüsse auf unsere Kinder sind nicht zu unterschätzen. Dauernd werden Jugendliche vor Sex und

Drogen gewarnt, aber kapitalistische Menschenverachtung bleibt unerwähnt oder wird sogar befürwortet: „Geiz ist geil“, „Das rechnet sich nicht“, „Betriebe müssen Profit machen!“. Diesen gezielten Beeinflussungen setzen wir nichts entgegen. Aber wer schweigt, stimmt zu. Andere brüllen umso mehr. Denken wir an das „Wir-Gefühl“ (neo)nazistischer Gruppen. Wenn wir nicht neue Opfer und Täter schaffen wollen, müssen wir Erfahrungen und Erkenntnisse weitergeben und nicht den Opa schützen, der bei der SS war.

Eine linke Gesellschaftsanalyse kann Jugendlichen helfen, die ständigen Lügen und Verschleierungen zu durchschauen. Aber wir müssen mit ihnen darüber reden. Wer von uns traut sich zu sagen: „Eine Erziehung ohne Sozialismus geht schief! Rede mit Deinen Kindern über Karl Marx.“ Die katholische Kirche traut sich was und plakatiert: „Eine Erziehung ohne Gott geht schief! Redet über Gott.“ Es reicht nicht, Kinder vor dem vermeintlich „Bösen“ zu schützen, in dem man sie behütet, sie fernhält, ohne sie über die Zusammenhänge von Wirtschaft – Politik – Staat zu informieren. Damit hält man sie klein, unmündig und manipulierbar.

* Horst Eberhard Richter, *Flüchten oder Standhalten, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2001*

Anna-Erika Paseka ist Mitglied des GLB/GPA-DJP und der Redaktion „Die Arbeit“

Von Oliver Jonischkeit

EM-Sonntage für Fußball – nicht für den Handel



Ein Jahr vor dem angeblichen „Jahrhundertereignis“, der Fußball-EM in der Schweiz und Österreich und kurz nach Abschluss des nicht gerade rühmlichen Event-KV im Handel (die Arbeit nach 21 Uhr ist dann natürlich freiwillig, die Praxis erleben wir jährlich am 8. Dezember) droht nun ein weiterer „sozialpartnerschaftlicher“ Angriff auf die Interessen der Handelsangestellten.

Bereits vor etlichen Wochen diskutierte eine Arbeitsgruppe während einer Sitzung des GPA-Bundesvorstandes darüber, ob und wie während des „Jahrhundertereignisses Fußball-EM“ eine Sonntagsöffnung an den EM-Spielorten auch für die Gewerkschaft vorstellbar wäre. Dabei wurde die glorreiche Idee geboren, dass dies nur dann der Fall sein dürfe, wenn etwa die Landeshauptleute schriftlich erklären, dass kein weiterer Unfug mit der Sonntagsöffnung betrieben wird. Wenn dies die GPA bereits beruhigt, können sich die Handelsangestellten ja schon auf einiges gefasst machen. Kurz nach der GPA-internen Diskussion meldete sich auch schon die Wiener Vizebürgermeisterin Brauner zu Wort und forderte, die Geschäfte an diesen Tagen zu öffnen.

Das will nun plötzlich auch der Wörgler Bürgermeister – obwohl dort die EM gar nicht ausgetragen wird, aber ein EM-Event mittels Großleinwand lässt sich natürlich auch dort schnell organisieren. Wie in vielen anderen österreichischen Städten auch.

Wenn die Gewerkschaft die Sonntagsöffnung bei der Fußball-EM zulässt, obwohl diese von ca. 80 Prozent der VerkäuferInnen abgelehnt wird, wie sie selbst zugibt, werden viele weitere „Jahrhundertereignisse“ die Folge sein – von der „Kulturhauptstadt Linz“ angefangen bis zu den einzigartigen Feuerwehrfesten auf dem Land. Die „Büchse der Pandora“ wäre damit geöffnet und wir wären einen großen Schritt weiter in Richtung „rund um die

Uhr“-Öffnung im Handel, von dem v.a. die großen Einkaufszentren und Handelsketten profitieren und weiteren kleinen Geschäften den Garaus machen würden. Mit allen Folgen für die Versorgung vor Ort. Ganz zu schweigen von den Folgen für die im Handel Beschäftigten, denen ein geregelter Familien- und Privatleben damit unmöglich gemacht würde.

Ausgerechnet die GPA würde damit die gerade auch von ihr wesentlich getragene „Allianz für den arbeitsfreien Sonntag“ entscheidend schwächen. Die GPA ist gut beraten, sich an den Interessen der Handelsangestellten zu orientieren, die den arbeitsfreien Sonntag auch während der EM wollen. Entsprechenden Begehrlichkeiten der Unternehmen, von Landeshauptleuten und BürgermeisterInnen, muss entschiedener Widerstand statt „sozialpartnerschaftlicher Lösungen“ entgegengesetzt werden. Der GLB in der GPA lehnt die Sonntagsöffnung im Handel vor, während und nach der EM jedenfalls entschieden ab.

Oliver Jonischkeit ist ÖGB-Sekretär und Bundessekretär des GLB



Von Franz Grün

Die billige Sicherheit

Man trifft sie in Kaufhäusern, in Parks, Stadien, Einkaufspassagen, Bahnhöfen und Zügen. Sie bewachen Lagerhallen, Firmengelände und Geschäfte. Sie begleiten Geldtransporte, überwachen Parkplätze und selbst wenn die Caritas Zuschüsse verteilt kommt man ohne sie nicht aus.



Das private Sicherheitsgewerbe befindet sich seit einigen Jahren im Aufschwung. Die Ausgliederung von Sicherheitsaufgaben aus dem öffentlichen Bereich führt zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigungen. Aufgrund der wachsenden Sicherheitsbedürfnisse wird sich nach Ansicht der Branchenexperten dieser Trend weiter fortsetzen. Das private Sicherheitsgewerbe ergänzt die öffentliche Sicherheit in steigendem Ausmaß. ExpertInnen aus der Sicherheitsbranche sehen in diesen Bereichen auch in den kommenden Jahren ein großes Potenzial. Derzeit kommen in Österreich etwa 25 private Sicherheitskräfte auf 100 PolizistInnen.

Weitere Ursachen für die steigende Nachfrage nach privaten Sicherheitsdienstleistungen sind die erhöhten Sicherheits- und Überwachungsbedürfnisse sowie das erhöhte Sicherheitsbewusstsein von Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Einzelpersonen. Auch der Staat beschäftigt privates Sicherheitspersonal, beispielsweise bei der Überwachung von Bundesministerien oder Gerichtseingängen. Eine große Nachfrage wird auch bei Alarm- und Videoüberwachungsanlagen, die mit privaten Notruf Service Centern verbunden sind, ver-

zeichnet. Stark im Kommen ist zudem der Veranstaltungsschutz. Auch die Österreichischen Bundesbahnen besitzen mittlerweile mit ihrer Tochtergesellschaft „Mungos Sicher und Sauber GmbH & Co KG“ einen eigenen Sicherheitsdienst, der einerseits für das Sicherheitsgefühl auf den Bahnhöfen, aber auch für Serviceleistungen am Bahnkunden verantwortlich zeichnet. Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für Beschäftigte in diesem Berufsfeld. Aber auch Flexibilität in Bezug auf die verschiedenen Aufgabenbereiche, sowie die Bereitschaft bei Bedarf kurzfristig Tätigkeiten zu übernehmen, sind Voraussetzungen im Job. Aufgrund der vermehrten Nachfrage von Sicherheitsdienstleistungen mit umfassendem Serviceangebot haben sich die Aufgaben vom reinen Überwachen auf Zusatzdienste, wie Hilfe bei technischen Störungen, Erste-Hilfe-Leistungen, Feuerbekämpfung etc. ausgedehnt. Die Fußball-Europameisterschaft 2008 bedeutet eine weitere Aufgabenstellung für die Privaten. Kommunikations- und Problemlösungsfähigkeit sowie Fremdsprachen-Kenntnisse sind Anforderungskriterien für den Job. Mit diesen Veränderungen sind die Anforderungen an das Sicherheitspersonal enorm gestiegen.

Für diese im Bewachungs- und Sicherheitsbereich tätigen Menschen, von denen ein hohes Maß an Verantwortung erwartet wird, ja denen man auch den Schutz unserer Mitmenschen und unseres Vermögens anvertraut, gibt es auch einen Kollektivvertrag. Dieser dürfte vermutlich einer der Schlechtesten in Österreich sein. Zwischen 1.000.- und 1.250 Euro beläuft sich das Bruttoeinkommen eines im Wachdienst oder Service und Sicherheitsdienst beschäftigten Mitarbeiters, sofern er das Glück einer Vollbeschäftigung hat.

Zulagen gibt es auch. Für den Nachtdienst immerhin 30 Cent je Stunde, für den Sonntag nichts. Sonderzahlungen wie Urlaubszuschuss oder Weihnachtsremuneration betragen erst ab dem zweiten Dienstjahr 4,33 Wochenlöhne, darunter drei Wochenlöhne. Um ein halbwegs erträgliches Einkommen zu erreichen, werden bis zu 250 Stunden von den Mitarbeitern privater Sicherheitsdienste monatlich geleistet – immer abrufbar – moderne Sklaven.

Franz Grün ist ÖBB-Bediensteter, Kontrollmitglied der Gewerkschaft Vida und Landessekretär des GLB-Vida Steiermark

Von Oliver Jonischkeit

Flexicurity - neuer Angriff der EU auf die Beschäftigten im Herbst

Bereits im Januar letzten Jahres gab es vom für Beschäftigung zuständigen EU-Kommissar Spidla großes Lob für die damalige österreichische Bundesregierung und Minister Bartenstein: „Wir können viel von Österreich lernen. Österreich ist es gelungen, durch „Flexicurity“ Arbeitsmarktflexibilität und soziale Sicherheit miteinander zu verbinden“, so Spidla im Rahmen einer informellen Ministertagung im Rahmen der EU-Präsidentschaft Österreichs.

So viel Lob tut gut – und so empfiehlt ÖGB-Präsident Hundstorfer, „die beste Gewähr für ausgewogene Lösungen im Sinne der Flexicurity bieten jene, die die Sozialpartner autonom ausverhandeln“. Das Gerede von der mit der verstärkten Flexibilität des Arbeitsmarktes verbundenen sozialen Sicherheit dürfte wohl eher der Beruhigung der Gewerkschaften dienen, wie die bisherige Erfahrung mit der immer wieder heraufbeschworenen Notwendigkeit einer „Beschäftigungs- und Sozialunion“ zeigt.

Gerne wird dafür das „dänische Modell“ herangezogen – mit der Möglichkeit, Beschäftigte rasch zu kündigen, die dafür aber bis zu 90 Prozent des letzten Bezugs als Arbeitslosengeld erhalten. Beides ist so nicht ganz richtig – auch in Dänemark gibt es Regelungen zum Kündigungsschutz, allerdings wird dies dort in den Tarifverträgen ausverhandelt. Und 90 Prozent Arbeitslosengeld erhalten nur wenige aus dem Niedriglohnbereich, da alle anderen rasch die dafür festgesetzten Bezugsgrenzen überschreiten.

Bereits heute gelten EU-weit 40 Prozent der Arbeitsverhältnisse als atypisch – sei es in Form von Teilzeit, geringfügiger Beschäftigung, Werkverträgen, Leiharbeit etc. – der Kreativität sind hier kaum Grenzen gesetzt. Betroffen sind davon vor allem Frauen. Weiters steigt der Anteil der „Schein-

selbständigen“, auf die Betriebe und Konzerne das „Unternehmerrisiko“ abwälzen.

Wenn nun flexible Arbeitsformen mit Flexicurity weiter forciert werden sollen, so bedeutet das letztlich auf EU-Ebene die gesetzliche Verankerung der Abweichung vom bisherigen, ohnehin schwindenden „Standardarbeitsmodell“ und der weiteren Flucht aus dem Arbeitsrecht.

Immerhin stellt der ÖGB in seiner Stellungnahme zum EU-Grünbuch Arbeitsrecht fest: „Unser Kernanliegen ist die Einbeziehung aller wirtschaftlich abhängig Beschäftigten in den Schutzbereich des Arbeitsrechts. Das wäre ein wirksamer Schritt gegen die zunehmende Umgehung sozialer Standards und die rasante Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in ganz Europa“, so ÖGB-Präsident Hundstorfer. Das wird mit der in der Realität ohnehin nicht vorhandenen „Sozialpartnerschaft“ allerdings nicht zu erreichen sein – dazu bedarf es des massiven Widerstandes der europäischen Gewerkschaften gegen das Flexicurity-Modell, das – wie auch das gesamte EU-Grünbuch Arbeitsrecht eher das Gegenteil anstrebt. Und die Zeit drängt – immerhin soll es auf EU-Ebene bezüglich des Flexicurity-Modells bereits bis Jahresende zu einer Einigung kommen. Oliver Jonischkeit ist ÖGB-Sekretär und Bundessekretär des GLB

Katholische Aktion gegen Sonntagsöffnung – GPA verhandelt

Ende Juni demonstrierte die GPA-DJP-Jugend in Wien gegen die Sonntagsarbeit für Lehrlinge bei der Fußball-EM 08. Der GLB hat diese Kundgebung unterstützt, allerdings gleichzeitig vor „kreativen sozialpartner-schaftlichen Lösungen“ gewarnt, die ein Aufsperrn der Geschäfte an EM-Sonntagen zum Ziel haben. Die Warnung war wohl gerechtfertigt – sagte doch der stv. GPA-Geschäftsführer Proyer anlässlich dieser Kundgebung, „sollten Politik und Wirtschaft während der Euro 2008 eine Ausnahme vereinbaren, so sind kollektivvertragliche Rahmenbedingungen unumgänglich“. Laut der Tageszeitung „die Presse“ finden die entsprechenden Gespräche im Hintergrund bereits statt.

So sieht also die Unterstützung der GPA-Führung für die Handelsangestellten, von denen die wenigsten am Sonntag arbeiten wollen, und für die immer wieder auch von der GPA hochgelobte „Allianz für den freien Sonntag“ aus.

Während die GPA über Rahmenbedingungen verhandeln will, hat die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien eine Kampagne gestartet – mit dem Ziel, die Öffnung der Geschäfte an den vier Sonntagen während der EM zu verhindern. Unterschriftenlisten können unter <http://www.ka-wien.at> heruntergeladen werden. Stellt sich also die Frage, wer nun die Interessen der Handelsangestellten vertritt: die GPA-Führung oder die Kirche?

Seid umschlungen Millionen...

Laut dem „World Wealth Report“ von Capgemini und Merrill Lynch ist die Zahl der „wohlhabenden Privatpersonen“ mit einem Vermögen von mehr als einer Million Dollar (743.000 Euro) 2006 auf 9,5 Millionen gestiegen (plus 8,3 Prozent gegenüber 2005). Davon sind 94.970 „besonders wohlhabende Privatpersonen“ mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen Dollar (plus 11,3 Prozent). Das Vermögen der MillionärInnen ist 2006 auf 37,2 Billionen Dollar gestiegen (plus 11,4 Prozent).

In Österreich hat sich die Zahl der MillionärInnen von 67.700 auf 72.600 deutlich vergrößert. Diese Minderheit von nur 0,8 Prozent der Bevölkerung besitzt rund ein Drittel des gesamten Vermögens, weitere neun Prozent ebenfalls ein Drittel, die restlichen 90 Prozent „dürfen“ sich das restliche Drittel teilen. Laut „trend“ betrug das geschätzte Vermögen der 50 reichsten ÖsterreicherInnen 2006 „nur“ 55,15 Milliarden Euro, 2007 waren es 91,95 Milliarden Euro.

Mit der Abschaffung der Vermögenssteuer, Senkung des Spitzensteuersatzes, Einführung steuerschonender Privatstiftungen, Senkung der Körperschaftssteuer und der geplanten Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, ist Österreich zum EU-Steuerparadies für die Reichen verkommen. Weil die Reichen immer weniger Steuern zahlen, tragen die Steuerlast zunehmend nur mehr die Lohnabhängigen.

Von Siegfried Pötscher

Arbeitsrecht-Tipp: Kündigung durch Arbeitgeber



Mit der Kündigung erklärt der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis aufzulösen, wirksam wird die Kündigung mit ihrem Zugang. Die Kündigungsfrist beginnt mit der mündlichen Mitteilung oder Übergabe des Kündigungsschreibens bzw. dessen Zugang durch die Post zu laufen.

Eine rechtswirksame Kündigung bedarf keiner besonderen Form (mündlich, schriftlich, eingeschrieben usw.) und auch keiner Begründung, Ausnahmen gibt es etwa im Vertragsbedienstetengesetz oder anders lautenden Kollektiv- oder Arbeitsverträgen.

In Betrieben mit Betriebsrat, muss dieser vor dem Aussprechen einer Kündigung vom Arbeitgeber informiert werden. Der Betriebsrat kann innerhalb von fünf Arbeitstagen dazu Stellung nehmen. Wurde der Betriebsrat vom Arbeitgeber nicht verständigt oder die Frist zur Stellungnahme nicht abgewartet, ist die Kündigung rechtsunwirksam, also das Arbeitsverhältnis nicht beendet.

Kündigungstermin ist der letzte Tag des Arbeitsverhältnisses und nicht – wie oft angenommen – der Tag, an dem die Kündigung ausgesprochen wird. Die Kündigungsfrist ist die Zeitspanne zwischen dem Zugang der Kündigung und dem Kündigungstermin. Welche Kündigungsfristen und -termine einzuhalten sind, regeln verschiedene Gesetze, Kollektiv- oder auch Arbeitsverträge.

Werden Kündigungsfristen und/oder -termine nicht eingehalten, wird das Arbeitsverhältnis trotzdem zum rechtswidrigen Zeitpunkt aufgelöst. ArbeitnehmerInnen können in diesem Fall allerdings verlangen, finanziell so gestellt zu werden, als ob sie zum richtigen Zeitpunkt gekündigt worden wären und haben Anspruch auf Kündigungsentschädigung:

ArbeitnehmerInnen können auch während eines Krankenstandes gekündigt werden. Dauert aber der Krankenstand über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus, müssen sie bis zum Ende des Entgeltfortzahlungsanspruches, den sie auch bei aufrehtem Arbeitsverhältnis gehabt hätten, weiter entlohnt werden.

Bei einer Kündigung durch den Arbeitgeber haben ArbeitnehmerInnen während der Kündigungsfrist Anspruch auf bezahlte Freizeit im Ausmaß von einem Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit. Dieser Anspruch entsteht erst auf Verlangen. Der Verbrauch ist einvernehmlich mit dem Arbeitgeber festzulegen.

Einzelne Arbeitnehmergruppen (Präsenzdienler, Schwangere und Behinderte) können nur mit Zustimmung des Gerichtes oder des Behindertenausschusses gekündigt werden.

In betriebsratsfähigen Betrieben (ab fünf ArbeitnehmerInnen) ist eine erfolgreiche Anfechtung unter bestimmten Voraussetzungen möglich (z.B. wegen Beitritts zur Gewerkschaft oder aus sozialwidrigen Gründen). Die Anfechtung durch Klage beim Arbeitsgericht hat das Ziel, eine Weiterbeschäftigung im Betrieb zu erreichen.

Der Arbeitgeber muss das bereits erarbeitete Entgelt auf jeden Fall mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abrechnen und ausbezahlen. Dazu gehören: Gehalt oder Lohn, Überstunden, Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld), offene Urlaubstage und bei Vorliegen der Voraussetzungen die Abfertigung.

AK Steiermark

AK-Steiermark: SP-Mehrheit lehnt Protestantrag ab

Die SPÖ-Mehrheit lehnte bei der 10. steirischen AK-Vollversammlung am 5. Juli 2007 einen GLB-Antrag gegen die vom Parlament beschlossene Flexibilisierung und Ausweitung der Arbeitszeiten ab. AK-Rat Peter Scherz: „Jahrzehntelang kämpfte die Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag, 1987 forderte der ÖGB zum ersten Mal eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche ohne Lohnverlust. Dieses Ziel rückt damit in weite Ferne.

Eine weitere Erhöhung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit würde bei vielen ArbeiterInnen und Angestellten zu erheblichen gesundheitlichen Problemen führen. Angesichts des gestiegenen Arbeits- und Leistungsdrucks in den Betrieben ist eine Ausdehnung der Arbeitszeiten nicht hinzunehmen. Auch gesellschaftspolitisch ist diese Einigung hinsichtlich der hohen Arbeitslosenzahlen der falsche Weg.“

Hingegen wurde eine Resolution des Magna-Steyr-Betriebsrats Peter Scherz gegen die geplante Lohnkürzung für ältere Arbeitnehmer einstimmig angenommen: „Die 10. Vollversammlung der steirischen AK spricht sich daher dagegen aus, dass derlei diskriminierende Modelle für ältere Arbeitnehmer beschlossen werden. Stattdessen fordert sie die Anwendung sozial verträglicher Modelle – wie zum Beispiel die Altersteilzeit –, um die Arbeitszeit älterer Arbeitnehmer zu verkürzen bei gleichzeitiger Erhaltung ihres Lebensstandards und sämtlicher Ansprüche.“

GLB und AUGÉ wandten sich gegen den Verkauf weiterer Anteile der landeseigenen Energiegesellschaft ESTAG, während die SPÖ-Mehrheit – ganz auf Voves-Kurs – bloß verlangte, den Verkaufserlös für die Steiermark-Holding zu verwenden. (Die Anträge des GLB sind im vollem Wortlaut auf der Website www.glb.at, in der Rubrik „Arbeiterkammer“ einsehbar)



Peter Scherz
GLB-AK-Rat Stmk.

AK Wien

AK-Wien: FSG auf Regierungskurs

Praktisch alle Fraktionen, darunter auch der ÖAAB, haben sich in der 146. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 30. Mai 2007 gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag des GLB unterstützt. Ebenfalls vom ÖAAB, dem GLB und den anderen Fraktionen der Wiener AK wurde ein Antrag der AUGÉ/UG gegen das „sozialpartnerschaftliche“ Arbeitsflexibilisierungspaket unterstützt.

In beiden Fällen konnte sich die FSG nicht zu einer Zustimmung durchringen – kein Wunder, schließlich wurde beispielsweise die Einigung der „Sozialpartner“ über die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten noch kurz vorher vom stv. Geschäftsführer der GPA, Karl Proyer, ausdrücklich gelobt.

AK-Präsident Tumpel forderte in seiner Rede, daß die Übergangsfristen für den heimischen Arbeitsmarkt nicht vorzeitig aufgehoben werden dürfen – die FSG setzt sich überhaupt für eine Verlängerung bis 2011 ein. Der GLB lehnt die Übergangsfristen ab, damit wird nur der illegale Arbeitsmarkt und Scheinselbständigkeit gefördert. Eine wirksame Maßnahme gegen Lohndumping ist die laufende Überprüfung der Einhaltung von Kollektivverträgen wie des Arbeitsrechtes – also eine der Kernaufgaben von Gewerkschaften und Arbeiterkammer.

Der GLB brachte Anträge zu den Themen Lehrlingsausbildung, Reform statt Abschaffung der Erbschaftssteuer, keine Verlängerung der Arbeitszeit, E-Wirtschaft in öffentlichem Eigentum, kein Börsegang der ÖBB, Gebührenbefreiung für Menschen mit geringem Einkommen, Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes und gegen Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ein. (Die Anträge des GLB sind im vollem Wortlaut auf der Website www.glb.at, in der Rubrik „Arbeiterkammer“ einsehbar)



Beatrix Todter
GLB-AK-Rätin Wien

EL-Netzwerk Gewerkschaften

GewerkschafterInnen aus zwölf EU-Ländern trafen sich vom 4. bis 6. Mai 2007 in Athen um über neue Wege der Zusammenarbeit zur Verteidigung von ArbeiterInnenrechten und Arbeitsplatzsicherheit über den Kontinent hinweg zu diskutieren. Alle RednerInnen berichteten über die neoliberale Offensive die durch die Bolkestein-Direktive und dem Grünbuch über das EU-Arbeitsrecht in allen Ländern entfesselt wurde.

Um Solidarität zu fördern und Arbeiterrechte zu schützen nahmen die GewerkschafterInnen ein „Kampfprogramm“ an, das auf die folgende Punkt basiert:

- 1.) Einen anständigen Mindestlohn für alle, der die Lebensunterhaltskosten ausreihend deckt
- 2.) Präsentation der Analysen und Aktionen mit alternativen Vorschlägen bei allen internationalen Gewerkschaftsorganen
- 3.) Ablehnung des EU-Grünbuches
- 4.) Kampf gegen jegliche Form von Prekarität im Arbeitsleben
- 5.) Verbesserte Qualitätsstandards bei Gesundheit und Sicherheit
- 6.) Ablehnung der Bolkestein-Direktive, der Deregulierung von Arbeitsbeziehungen, der Privatisierung öffentlicher Dienstleitungen (Gesundheit, Bildung, Transport) und der Aushöhlung von ArbeiterInnenrechten
- 7.) Vorschläge für die Rückführung von privatisierten Dienstleistungen und Bildung eines alternativen Modells des öffentlichen Sektors
- 8.) Kooperation mit linken progressiven Gewerkschaften und Bewegungen in Lateinamerika

Auf der Konferenz wurde das Aktionsprogramm einstimmig angenommen. Darüber hinaus stimmten die GewerkschafterInnen zu diese Aspekte bei ihrer Arbeit in ihren Ländern weiterzuentwickeln. Einzelne Redebeiträge und Resolutionen gibt es unter <http://www.european-left.org/positions/workgroups/trade>

Anton Hofer ist 80

Am 1. Juni 2007 wurde der frühere GLB-Bundesvorsitzende Anton Hofer 80. Hofer war von 1970 bis 1989 Vorsitzender des GLB und mehrere Perioden lang auch Mitglied des ÖGB-Bundesvorstands.

Seine politischen und gewerkschaftlichen „Sporen“ verdiente sich Hofer im Erdölgebiet der damaligen SMV. Seit Mitte der 50er Jahre war er Bezirkssekretär im Erdölgebiet und Funktionär der niederösterreichischen KPÖ. In diese Zeit fielen die Umwandlung der SMV in die ÖMV auf Grund des Staatsvertrages, der Kampf um die Erhaltung des österreichischen Eigentums in der Erdölindustrie gegen die US-Konzerne und der Kampf gegen die Diskriminierung der Kommunisten, die in der Erdölindustrie starke gewerkschaftliche Positionen hatten. Als Vertreter des GLB in der NÖ-Arbeiterkammer konnte Hofer viele soziale Verbesserungen ansprechen und einfordern.

Als einer der profiliertesten linken Gewerkschafter entwickelte Hofer im GLB, im ÖGB und im Weltgewerkschaftsbund eine Gewerkschaftspolitik, die gegen die sozialpartnerschaftliche Deformierung der Gewerkschaften gerichtet war, aber die Einheit des überparteilichen ÖGB wahrte. Sein Wirken für den GLB ist beispielhaft für eine Generation von FunktionärInnen, die allen Widrigkeiten zum Trotz die Grundlagen für unser heutiges Schaffen gelegt hat.

Die Interessen der arbeitenden Menschen waren immer Hofers Leitlinie und Kompass bei der Bestimmung seines Weges. So war er nie ein Nur-Gewerkschafter und andererseits auch nie ein Freund von politischen Orientierungen, die den Schreibtisch zum Ausgangspunkt haben. Toni war und ist vielmehr ein Praktiker, der immer entlang seiner politischen Überzeugungen gehandelt



hat und auf große theoretische Kenntnisse zurückgreifen konnte.

Großen Wert legte er immer auf einen kollektiven, sachlichen, kameradschaftlichen und solidarischen Umgang der FunktionärInnen und MitarbeiterInnen, aber auch mit politisch anders Denkenden. Trotz seines inzwischen erreichten Alters und gesundheitlicher Probleme verfolgt Anton Hofer weiterhin aufmerksam die Entwicklung der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung und des GLB.

Wir wünschen unserem Kollegen Anton Hofer noch viele Jahre, von denen wir hoffen, dass er sie in Gesundheit und mit seiner Erfahrung für sich, für seine Familie und auch für den GLB nutzen kann.

BR-Wahl bei Opel Linser Innsbruck

Bereits im April 2007 fand die Betriebsratswahl bei der Firma Opel-Linser (Metall-Gewerbe) in Innsbruck statt, bei der Kollege Gregor Korosec (GLB) wieder in den Betriebsrat gewählt wurde. Wir wünschen Kollegen Korosec viel Erfolg bei seiner verantwortungsvollen Tätigkeit für die Beschäftigten und in der Gewerkschaft.

Gerade in Tirol musste der Kollektivvertrag Metall-Gewerbe in der Vergangenheit immer wieder gesetzt werden, weil Unternehmer den Abschluss nicht anerkennen wollten.

Kurt Palm liest Karl Marx Best of:

Das Kapital

Für all jene, die es bisher nicht geschafft haben, „Das Kapital“ von Karl Marx zu lesen, bietet dieses Privatissimum einen repräsentativen Querschnitt durch den ersten Band dieses Standardwerks der Weltliteratur. Das Selbststudium ersetzen diese Ausschnitte aber keineswegs, denn wie heißt es schon bei Marx: „Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühen nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.“

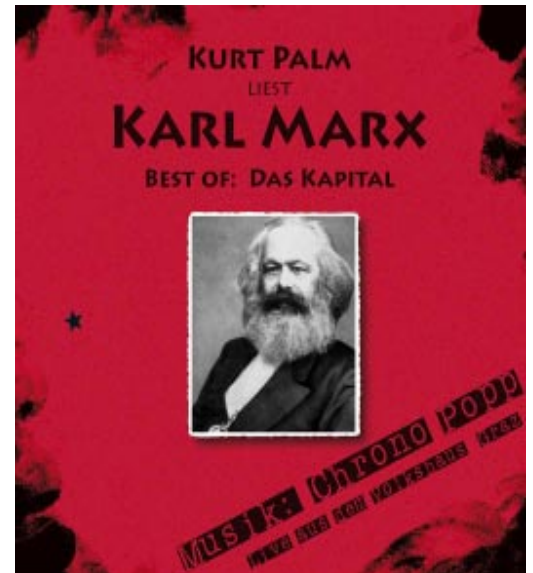
Kurt Palm über seine Sicht auf „Das Kapital“:

„Für mich ist das Faszinierende an diesem Buch, dass die Analyse, die Marx im 19. Jahrhundert vorgenommen hat, in ihren Kernaussagen immer noch gültig ist. Gerade in den letzten zwanzig Jahren, vor allem aber seit dem „Zusammenbruch“ der sozialistischen Länder, hat man so getan, als sei Marx „ein toter Hund“, der auf den Misthaufen der Geschichte gehört. Tatsache ist allerdings, dass die allgemeine Krise mittlerweile jene von Marx vorausgesagten Dimensionen erreicht hat. Und hier zeigt sich, dass Marx lebendiger ist, als viele glauben.“

Marx hat im „Kapital“ die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitalismus beschrieben: und zwar mit der Präzision eines Naturwissenschaftlers. Er schreibt ja auch, dass er diese Gesetze nicht erfunden, sondern entdeckt hat. Auch wenn beim Lesen ein hohes Maß an Abstraktionsvermögen erforderlich ist, hilft einem die Lektüre des „Kapitals“, gewisse ökonomische und politische Vorgänge unserer Zeit besser zu verstehen.“

Aufgenommen am 28. September 2006 im Volkshaus Graz. Lesung: Kurt Palm. Musik: Chrono Popp. Aufnahmeleitung: Leo Kühberger. Tontechnik: Tom Zwanzger.

Kurt Palm liest Karl Marx Best of: Das Kapital. 2007 Astormedia. Willi Schlager. Astormedia.at. Preis 11 Euro. Bestellungen: Astormedia, Dkfm. Willi Schlager, Web www.astormedia.at, Mail willi.schlager@chello.at, Telefon und Fax +43 1 9144281.



Volksstimme-Fest 2007

Am Samstag/Sonntag, 1. und 2. September 2007 findet auf der Jesuitenwiese das 61. VolksstimmeFest statt - mit der Jura-Soyfer-Bühne, einer großen Bühne mit gemischtem Kulturprogramm, dem Solidorf, der abwechslungsreichen Initiativenstraße, dem Linken Wort, einem Sportfest, dem Kinderbereich und der gewohnt vielfältigen Gastronomie.

Spiel, Spaß, gute Laune und das erste politische Zusammentreffen nach der Sommerpause sowieso!

Der GLB wird auch heuer wieder beim Fest mit einem eigenen Stand vertreten sein, neben kulinarischen Angeboten gibt es dort auch aktuelle Infos zu gewerkschaftlichen Themen.

Infos zum Fest gibt es unter <http://www.volksstimmefest.at/>

VOLKSSTIMME

**Wiens
schönstes
FEST**

**1.+2. Sept. '07
Prater Jesuitenwiese**

Echt, Boß, ich bin neidisch: Ich würde wahnsinnig gern so viel verdienen, wie du Steuern zahlst.



Geht mir doch ganz ähnlich, mein Lieber. Ich würde auch wahnsinnig gern so viel Steuern zahlen, wie du verdienst. Aber deshalb bin ich doch nicht neidisch.



Erich Rauschenbach

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter